

## **Beschlussempfehlung und Bericht**

**des Ausschusses für Verkehr, Bau- und Wohnungswesen (14. Ausschuss)**

**zu dem Antrag der Abgeordneten Horst Friedrich (Bayreuth), Joachim Günther (Plauen), Dr. Karl Addicks, weiterer Abgeordneter und der Fraktion der FDP  
– Drucksache 15/5359 –**

### **Überregulierung des grenzüberschreitenden Schienengüterverkehrs verhindern – Wettbewerbschancen privater Güterbahnen erhalten**

#### **A. Problem**

Die Antragsteller haben einen Antrag eingebracht, nach dem der Deutsche Bundestag die Bundesregierung auffordern soll, im Rat der Europäischen Union dem Vorschlag der Europäischen Kommission vom 8. Februar 2005 für eine Richtlinie des Rates zur Durchführung der Vereinbarung über bestimmte Aspekte der Einsatzbedingungen des fahrenden Personals im interoperablen grenzüberschreitenden Verkehr zwischen der Europäischen Transportarbeiter-Föderation (ETF) und der Gemeinschaft der Europäischen Bahnen (CER) nicht zuzustimmen.

#### **B. Lösung**

**Ablehnung des Antrags mit den Stimmen der Fraktionen SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN gegen die Stimmen der Fraktionen der CDU/CSU und FDP**

#### **C. Alternativen**

Annahme des Antrags.

#### **D. Kosten**

Wurden nicht erörtert.

## **Beschlussempfehlung**

Der Bundestag wolle beschließen,  
den Antrag – Drucksache 15/5359 – abzulehnen.

Berlin, den 29. Juni 2005

### **Der Ausschuss für Verkehr, Bau- und Wohnungswesen**

**Eduard Oswald**  
Vorsitzender

**Karin Rehbock-Zureich**  
Berichterstatterin

## Bericht der Abgeordneten Karin Rehbock-Zureich

### I. Überweisung

Der Deutsche Bundestag hat den Antrag auf Drucksache 15/5359 in seiner 178. Sitzung am 2. Juni 2005 beraten und an den Ausschuss für Verkehr, Bau- und Wohnungswesen zur federführenden Beratung sowie an den Ausschuss für Wirtschaft und Arbeit zur Mitberatung überwiesen.

### II. Wesentlicher Inhalt der Vorlage

Der Antrag beinhaltet, die Bundesregierung aufzufordern, im Rat der Europäischen Union dem Vorschlag der Europäischen Kommission vom 8. Februar 2005 für eine Richtlinie des Rates zur Durchführung der Vereinbarung über bestimmte Aspekte der Einsatzbedingungen des fahrenden Personals im interoperablen grenzüberschreitenden Verkehr zwischen der Europäischen Transportarbeiter-Föderation (ETF) und der Gemeinschaft der Europäischen Bahnen (CER) nicht zuzustimmen.

### III. Stellungnahme des mitberatenden Ausschusses

Der **Ausschuss für Wirtschaft und Arbeit** hat den Antrag auf Drucksache 15/5359 in seiner 97. Sitzung am 29. Juni 2005 beraten und empfiehlt mit den Stimmen der Fraktionen SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN gegen die Stimmen der Fraktionen der CDU/CSU und FDP dessen Ablehnung.

### IV. Beratungsverlauf im federführenden Ausschuss

Der **Ausschuss für Verkehr, Bau- und Wohnungswesen** hat den Antrag auf Drucksache 15/5359 in seiner 77. Sitzung am 29. Juni 2005 beraten.

Die **Fraktion der SPD** vertrat die Auffassung, der Antrag sei durch die politische Einigung im Rat überholt. Daher lehne man den Antrag ab. Die Bundesregierung habe dort Bedenken gegen Wettbewerbsverzerrungen durch eine Protokollnotiz eingebracht.

Die **Fraktion der CDU/CSU** kritisierte, durch die auf EU-Ebene vereinbarte Regelung werde faktisch eine Liberalisierung des Schienengüterverkehrs verhindert. Man wende sich entschieden gegen eine solche Verhinderung der Liberalisierung durch die Hintertüre.

Die **Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN** betonte, die Grundsatzentscheidung sei auf europäischer Ebene gefallen. Nun gehe es nur noch um die Ausgestaltung. Dabei müsse man auch das Verhalten der Sozialpartner berücksichtigen.

Die **Fraktion der FDP** bemerkte, die auf EU-Ebene vereinbarte Regelung entziehe den Bemühungen um eine Liberalisierung des Schienengüterverkehrs den Boden. Die Regelung führe lediglich für die privaten Anbieter zu einer Erhöhung der Kosten.

Der **Ausschuss für Verkehr, Bau- und Wohnungswesen** empfiehlt mit den Stimmen der Fraktionen SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN gegen die Stimmen der Fraktionen der CDU/CSU und FDP die Ablehnung des Antrags auf Drucksache 15/5359.

Berlin, den 29. Juni 2005

**Karin Rehbock-Zureich**  
Berichterstatteerin

